

Niederschrift

IR/003/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Integrationsrates der
Stadt Rheine
am 19.08.2021

Die heutige Sitzung des Integrationsrates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:15 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Abdeslam Nordine

Vorsitzender

Mitglieder:

Herr Okba Aljasem

Mitglied

Herr José Azevedo

CDU

Ratsmitglied

Frau Emine Dursun

Mitglied/1. Stellv. Vorsitzende

Herr Kamal Kassem

Mitglied

Frau Gabriele Leskow

SPD

bis 19 Uhr 23

Herr Manoharan Murali

Mitglied

Herr Rainer Ortel

UWG

Ratsmitglied

Herr Vincenzo Pirone

bis 18 Uhr 40

Herr Mahmoud Tahmaz

Mitglied

Herr Holger Zimoch

Mitglied

Vertreter:

Herr Detlef Brunsch

FDP

Vertretung für Frau Janine Heile-Limberg

Frau Silke Friedrich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vertretung für Herrn Jens Krage

Verwaltung:

Frau Wiebke Gehrke

Leiterin Fachbereich 8

Herr Christian Probst

Schriftführer

Frau Christa Heufes

Entschuldigt fehlen:

Herr Nordine eröffnet die heutige Sitzung des Integrationsrates der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 002/2021 über die öffentliche Sitzung am 27.05.2021

Herr Tahmaz wünscht eine Ergänzung zum TOP 10 des Protokolls IR/002/2021 vom 27.05.2021. Herr Tahmaz erklärt, dass er gerne den Artikel aus der „Münsterländischen Volkszeitung“ dem Protokoll beigelegt hätte. Die Richtung des Diskurses sei dort klar erkennbar. Der Artikel wird diesem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

2. Information/Bericht der Verwaltung

Frau Gehrke informiert über ein Treffen am 10.06.2021 mit der AG Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates. Die Vertreter/innen haben die Räumlichkeiten der Mitte 51 besichtigt. Im Zuge der Besichtigung wurde das Angebot unterbreitet, die Örtlichkeit für Vorbereitungstreffen des Integrationsrates zu nutzen. Ferner wurden Sachstandsinformationen über die Vorbereitung der „Interkulturellen Woche“ ausgetauscht.

Ferner teilt Frau Gehrke mit, dass auf Grund der aktuellen Situation in Afghanistan davon auszugehen ist, dass weitere Geflüchtete in naher Zukunft aufzunehmen sind. Sie fährt fort, dass aktuelle circa 77 Wohnplätze in städtischen Einrichtungen frei sind. Eine Unterbringung weiterer Personen ist daher möglich. Informationen zur Zuteilung weiterer Geflüchteter liegen momentan noch nicht vor.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

**4. Kommunales Integrationsmanagement
Vorlage: 362/21**

Frau Gehrke führt in den Tagesordnungspunkt ein. Frau Gehrke erklärt, dass die Stadt Rheine durch das Vorgängerprojekt „Einwanderung gestalten“ Vorreiter für die Entwicklung des „Kommunalen Integrationsmanagements“ (KIM) in NRW war. Die Stadt Rheine profitiert direkt durch die Förderung des KIM, da Rheine einen eigenen Integrationsrat, eine Ausländerbehörde und ein eigenes Jugendamt hat. Frau Gehrke stellt die einzelnen Bausteine des KIM vor und geht insbe-

sondere auf die Struktur- und Einzelfallebene ein. Sie ergänzt, dass die Stadt Rheine Dienstleistungsketten schaffen wird, um Behördengänge für zugewanderte Menschen zu erleichtern. Ferner fügt Sie an, dass die Stadt Rheine zusätzliche 1,9 Stellen im Bereich des Case Managements einrichten wird. Die Stadt Rheine hat eine Steuerungsgruppe eingerichtet, bei der auch der Vorsitzende des Integrationsrates Mitglied ist.

Herr Nordine regt an, die Uhrzeit des Lenkungsgruppentreffens zu überdenken. Frau Gehrke sagt zu, die Uhrzeitfindung in der konstituierenden Sitzung der Lenkungsgruppe zu erörtern.

Frau Friedrich wirft die Fragen auf, wieso die Case Managementstellen bei „freien Trägern“ angesiedelt werden. Ferner würde sie gerne die Höhe der Kosten des gesamten KIM erfahren sowie weitere Informationen über die Möglichkeiten einer Evaluation erhalten. Frau Gehrke erwidert, dass der Kreis Steinfurt der Zuwendungsempfänger ist und die Zuwendung in Höhe von 55.000 Euro nur an die Stadt Rheine weiterleitet. Der Kreis Steinfurt und somit auch die Beschlusshoheit. Im Zuge dessen hat der Kreistag entschieden, die Stellen an „freie Träger“ zu vergeben. Frau Gehrke fährt fort, dass die Höhe der Kosten in einem der nächsten Berichte mitgeteilt wird, da der Eigenanteil noch nicht beziffert werden kann. Ferner gibt Frau Gehrke an, dass die Evaluation durch das Land Nordrhein-Westfalen geregelt ist und da Projekt dort wissenschaftliche evaluiert wird. Auf der örtlichen Ebene wird die Lenkungsgruppe eine Evaluation erarbeiten.

Herr Aljasem würde gerne wissen, wo der Unterschied zwischen den Case Manager/innen und den Mitarbeitenden bei der Caritas liegt und wie die Zusammenarbeit zwischen Case Manager/innen und Entscheidungsträgern der Lenkungsgruppe ausgestaltet wird. Ferner erfragt Herr Aljasem, ob der Integrationsrat über die Arbeit der Casemanager/innen unterrichtet wird. Frau Gehrke antwortet, dass es bei dem Casemanagement im Rahmen des KIMs gezielt um eine Personengruppe geht, die bisher noch keinen Zugang zu den Beratungsstellen der Stadt oder der Caritas erhalten hat. Frau Gehrke ergänzt, dass die Lenkungsgruppe die Grundsteine legt, um dass dann die Case Manager/innen auf der Einzelfallebene arbeitsfähig sind. Die Casemanager/innen geben die Themen zurück in die Lenkungsgruppe, so dass systematisch die Strukturen angepasst werden können.

Herr Kassem gibt den Hinweis, dass wichtige Informationen seitens des KIM zu spät weitergeleitet werden. Frau Gehrke sagt zu, dass die Anregung weitergeleitet wird.

Herr Ortel erklärt, dass es ein Missverhältnis zwischen der Stellenanzahl im Case Management und dem Fallaufkommen gibt. Frau Gehrke erklärt die Berechnungsgrundlage. Es wurden bei der Berechnung vom Kreis nur Personen über

28 Jahren berücksichtigt, da teilweise die Personen unter 28 Jahren durch die Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“ gefördert werden. Zudem wurde die Anzahl der Personen unter Berücksichtigung der Einreise nach dem 01.06.2016 ermittelt. Die Verteilung der Case Managementstellen wurde dann anhand der errechneten Personenanzahl in den einzelnen Kommunen vorgenommen. Die Berechnung ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt.

Frau Dursun möchte gerne wissen, ob die örtliche Evaluation durch ein Institut durchgeführt wird. Frau Gehrke gibt an, dass örtlich keine wissenschaftliche Evaluation durchgeführt wird. In wie weit eine eigene Evaluation durchgeführt wird, wird noch in der Lenkungsgruppe beraten.

Beschluss: Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen zum Kommunalen Integrationsmanagement zur Kenntnis und empfiehlt dem Sozialausschuss:

1. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum Kommunalen Integrationsmanagement zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung entsprechend der Beschreibung in dieser Vorlage.

2. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung regelmäßig, mindestens einmal jährlich, über den Stand der Umsetzung in den politischen Gremien Sozialausschuss (federführend) und dem Integrationsrat zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**5. Evaluation des Migrations- und Integrationskonzeptes
Vorlage: 361/21**

Frau Gehrke führt in die Thematik ein. Die Evaluation wurde nach der Hälfte der Umsetzungszeit (5 Jahre) durchgeführt. Frau Gehrke geht hierbei insbesondere auf die Wichtigkeit von Netzwerkstrukturen ein. Ferner gibt der Bericht die Empfehlung, über die Rolle des/der Migrationsbeauftragte/n nachzudenken.

Frau Friedrich fragt, wieso der Beschlussvorschlag 4 in diese Vorlage mit aufgenommen worden ist. Ferner kritisieren Frau Friedrich und Herr Kassem, dass es sich bei der Evaluation um eine Selbstevaluation handelt und die Betroffenen zu wenig einbezogen worden sind. Frau Gehrke erklärt, dass der Rat, den damaligen vertraglichen Beschluss, an die Laufzeit von 5 Jahr gekoppelt hat. Ferner nimmt Frau Gehrke die Kritik an der Evaluation auf und begrüßt die Einbeziehung von Betroffenen sehr. Eine umfangreichere Einbeziehung war auf Grund der pandemischen Situation nicht möglich.

Herr Kassem regt an, dass die Einbeziehung der Migranten in die Evaluation zu erfolgen hat. Frau Gehrke schlägt vor, den Beschlussvorschlag abzuändern und die Einbeziehung der Migranten in die Evaluation mit aufzunehmen.

Herr Ortel stellt die Antrag, ohne weitere Diskussion über den Beschlussvorschlag abzustimmen. Im Anschluss erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Evaluation des Migrations- und Integrationskonzeptes zur Kenntnis und empfiehlt dem Sozialausschuss, den Beschlussvorschlag 1 bis 4 zu beschließen:

1. Der Sozialausschuss nimmt die Evaluation des Migrations- und Integrationskonzeptes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung des Konzeptes.
2. Der Sozialausschuss stimmt der 3. Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes im Jahr 2022 zu und beauftragt die Verwaltung mit der Fortschreibung unter Berücksichtigung der in der Evaluation gegebenen Empfehlungen. Insbesondere empfiehlt der Integrationsrat, die Migranten mit einzubeziehen.
3. Der Sozialausschuss nimmt die im Produkt 8101, Beratung und Begleitung von Zugewanderten, dargestellten Aufgaben zur Kenntnis.
4. Der Sozialausschuss beschließt, dass die vom Sozialausschuss beschlossene (Vorlage 060/19), vertraglich geregelte Übertragung von Aufgaben an den Fachdienst Migration des Caritasverbandes Rheine e.V. um 2 Jahre bis zum 31.12.2023 verlängert wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

6. Fortschreibung Konzept Sprachoffensive – Berichterstattung zur Sprachoffensive Vorlage: 356/21

Frau Gehrke führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt die Vorlage kurz vor. Insbesondere stellt Frau Gehrke den Rückblick sowie die Kursübersicht vor. Ferner teilt Frau Gehrke mit, dass auf Antrag der Fraktion „Die Linke“ die Unternehmen zukünftig nicht mehr als Träger der Kurse fungieren und eine Kursgebühr für Mitarbeitende erhoben werden soll.

Herr Zimoch stellt die Frage, wie die katholische Kirche in die Sprachoffensive einbezogen wird. Frau Gehrke erwidert, dass im Basilikaforum und im Maximilian-Kolbe-Haus „Sprachcafés“ stattfinden, die durch Ehrenamtliche durchgeführt werden. Ein Träger der Sprachoffensive ist die katholische Kirche nicht.

Herr Ortel fragt, ob rein formal nicht über beide Beschlussvorschläge abgestimmt werden müsse. Frau Gehrke antwortet, dass es möglich ist über den Antrag der Fraktion Die Linke und über den Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung abzustimmen.

Beschluss:

1) Antrag Fraktion Die Linke:

Antrag auf Erhebung einer Teilnahmegebühr für Arbeitgeber auf Basis einer Gebührenordnung, die ihre Mitarbeiter an den Sprachkursen teilnehmen lassen, um so ihre Sprachkenntnisse zur Ausübung ihrer Tätigkeiten zu verbessern.

2) Antrag Verwaltung:

Der Integrationsrat nimmt den Jahresbericht 2020 und Ausblick 2021 der Sprachoffensive zur Kenntnis und empfiehlt dem Sozialausschuss, den Beschlussvorschlag der Verwaltung 1 bis 4 zu beschließen:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2020 und Ausblick 2021 der Sprachoffensive zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beschließt die Fortschreibung der Konzeption der Sprachoffensive in der dargestellten Form (Anlage 2 der Vorlage).
3. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, dem Sozialausschuss künftig zum Stichtag 31.05. einen Bericht über die Ausgabenentwicklung vorzulegen.
4. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für eine trägerunabhängige Sprachberatungs- und Koordinierungsstelle (Sprachkompetenzzentrum) für Rheine zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis zu 1): mehrheitlich abgelehnt
Abstimmungsergebnis zu 2): einstimmig angenommen)

7. Interkulturelle Woche 2021

Herr Nordine führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er berichtet über den Besuch der Begegnungsstätte „Mitte 51“ und teilt mit, dass die Räumlichkeiten der „Mitte 51“ gerne für Treffen von Integrationsratsmitgliedern genutzt werden kann.

Frau Gehrke fährt fort, und erklärt, dass das Treffen zwischen Verwaltung und Integrationsrat stattgefunden hat, um dass dieser in die Planung für die „Interkulturelle Woche“ miteinbezogen werden kann. Im Zuge dessen wurden erste Ideen vorgestellt. Frau Gehrke teilt mit, dass bei

dem Treffen vereinbart worden ist, dass der Integrationsrat eine Art „Schirmherrschaft“ für die „Interkulturelle Woche“ übernimmt. Der Integrationsrat kann aus Zeitgründen keine eigene Veranstaltung anbieten.

Frau Heufes stellt das aktuelle Programm vor. Es wird mit einem Fußballturnier am Sonntag, den 26.09.2021 eröffnet. Ferner gibt es Veranstaltungen von der Niederdeutschen Bühne („Sie waren unsere Nachbarn!“), einen Austausch unterschiedlicher Religionen sowie ein interkulturelles Essen im Kloster Bentlage, die Suppentage und die Stillwoche in der Mitte, den Tag der offenen Moschee, Muslime und Christen im Dialog – eine gemeinsame Erkundung der Dionysiuskirche, die Vorstellung des Bewegungsparcours, eine Fotoausstellung und die Integrationspreisvergabe (Alle Angebote und Termine sind dem als **Anlage 3** beiliegenden Flyer zu entnehmen).

Herr Murali fragt, in wie weit die Vereine bei der Erstellung des Programmes mitgewirkt haben. Frau Gehrke teilt mit, dass die Vereine gezielt angesprochen worden sind. Bedauerlicherweise gibt es bis jetzt keine Rückmeldung von den Vereinen. Da aber noch Programmideen mit einfließen können, soll der Integrationsrat gerne weiter die Vereine gezielt bewerben.

8. Integrationspreis

Herr Nordine führt in den Tagesordnungspunkt ein. Herr Nordine möchte das aktuelle Meinungsbild abfragen, wie zukünftig die Preisverleihung gestaltet werden soll.

Herr Murali schlägt vor, eine Kommission zu bilden, die sich damit beschäftigt Regeln aufzustellen, wie die Nominierten zukünftig ausgewählt werden.

Herr Kassem schlägt vor, die Wahl des Integrationspreises in der Geschäftsordnung zu verankern und diesen nur an rein ehrenamtlich engagierte Personen zu vergeben.

Herr Tahmaz berichtet von dem diesjährigen Treffen der Preiskomitees und schilderte die Probleme, die vorherrschend waren.

Frau Gehrke schlägt vor, die Durchführung der Preisverleihung im Integrationsrat zur Diskussion zu stellen, um die Vergabe zu optimieren.

Herr Azevedo teilt mit, dass es nicht in Ordnung ist, Gesprächsinhalte des nicht öffentlichen Teils des Preiskomitees in der öffentlichen Sitzung des Integrationsrates wiederzugeben.

9. Austausch des Integrationsrates mit den Migrantenselbstorganisationen in Rheine

Herr Nordine führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er teilt mit, dass die Rückmeldungsquote bei der Kommunikation mit Migrantenvereinen sehr gering ist und regt zur Diskussion an, wie diese Situation verbessert werden kann.

Herr Tahmaz sagt, dass er das Fehlen eines Migrationsbeauftragten als größten Malus in der Verbindung zu den Migrantenvereinen sieht.

Herr Murali und Herr Nordine teilen mit, dass die Vereine intern sehr aktiv sein. Lediglich die Zusammenarbeit nach Außen weist Schwächen auf. Sie schlagen hier ein stärkeres Herangehen an die Vereine vor.

Frau Dursun schlägt eine Erhebung innerhalb der Vereine vor, um die Gründe in Erfahrung zu bringen, wieso die Vereine bei Projekten nicht mitarbeiten.

Frau Friedrich schlägt ein systematisches Ansprechen aller Migranten vor. Die verweist dabei eher auf den telefonischen Weg als eine „anonyme“ E-Mail zu schicken.

Frau Leskow plädiert für eine persönliche Vorsprache bei den Migrantenvereinen. Frau Dursun ergänzt, dass sie es für sinnvoll erachtet, wenn Ratsmitglieder bei den persönlichen Besuchen ebenfalls anwesend sind.

Herr Kassem schlägt vor, dass ein Migrantenverein zu jeder Sitzung des Integrationsrates eingeladen werden soll.

10. Herkunftssprachlicher Unterricht (Tamilisch und Italienisch)

Herr Azevedo teilt in Vertretung für Herrn Pirone mit, dass es bereits 8 Interessent/innen für die Sprache Italienisch gibt. Frau Gehrke ergänzt, dass in der Primarstufe 15 und in der Sekundarstufe I 18 Schüler/innen notwendig sind, um dass der herkunftssprachliche Unterricht angeboten werden kann. Ferner unterbreitet Frau Gehrke das Angebot, dass beim annähernden Erreichen der Zielmarke, die Verwaltung Unterstützung in Richtung Kreis leisten kann.

Herr Murali stellt den Antrag auf eine einmalige und eine jährliche Unterstützung von einer Schule für tamilische Sprache vor.

Herr Nordine fragt, ob es einen expliziten Finanztopf für solche Fälle gibt. Frau Gehrke erklärt, dass dieser Antrag unabhängig vom herkunftssprachlichen Unterricht zu sehen ist. Einen Zuschuss könnte der Verein aus den Richtlinien zur Förderung der Integrationsarbeit beantragen. Sie fährt fort, dass der Integrationsrat über ein jährliches Budget in Höhe von 4000 Euro verfügen kann. es müsse daher über die Verwendung dieser Mittel abgestimmt werden. Frau Gehrke schlägt vor, eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung vorzubereiten und zu prüfen, ob es noch andere Quellen für eine solche Unterstützung geben würde.

Herr Azevedo möchte wissen, wieso die tamilische Sprachschule sich für ein eigenes Modell entschieden hat und nicht an dem herkunftssprachlichen Unterricht teilnimmt. Herr Murali erwidert, dass die Voraussetzungen dafür zu hoch sind.

Herr Ortel teilt mit, dass er keine Möglichkeit sieht, über einen am Sitzungstag zugegangenen Antrag abzustimmen und die Diskussion zu verschieben.

Herr Nordine teilt mit, dass durch sein Versäumnis der Antrag erst so spät zugegangen ist. Die Thematik wird für die nächste Sitzung aufbereitet.

11. Berichte aus den Ausschüssen, aus den Arbeitskreisen des Integrationsrates und dem Landesintegrationsrat NRW

Herr Aljasem berichtet aus dem Sozialausschuss.

12. Anfragen und Anregungen

Frau Friedrich und Herr Azevedo regen an, dass die Integrationsratsmitglieder/innen für die Wahl der Stadtteilbeiräte am 02.09.2021 werben.

Herr Kassem teilt mit, dass es am 09.11.2021 ab 18 Uhr 30 in der Josef-Winckler-Schule eine Gedenkveranstaltung geben wird. Das Thema der Veranstaltung ist die Verfolgungserfahrung auf Grund von Religionszugehörigkeiten. Vorher wird es eine Kranzniederlegung am Ort der abgebrannten Synagoge geben.

Herr Aljasem teilt mit, dass viele Kinder mit Zuwanderungsgeschichte Probleme mit dem Umgang von digitalen Endgeräten haben. Frau Gehrke erwidert, dass es für den Sitzungstermin im November eine Berichterstattung geben wird, die sich um den Umgang mit den digitalen Endgeräten handeln wird. Es gibt ein Projekt der Volkshochschule, den Umgang mit den Geräten in Videos zu vermitteln.

Herr Tahmaz berichtet von der Kundgebung der Alternative für Deutschland.

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Nordine
Ausschussvorsitzender

Probst
Schriftführer